

# Erklärung

## der Teilnehmer am II. Treffen des Jugendaktionsausschuss

# Notstand der Republik

Wir waren noch klein oder noch nicht mal geboren, als sich vor rund zwei Jahrzehnten die Welt grundlegend und grundsätzlich veränderte. Durch den Zusammenbruch der sozialistischen Länder konnte der Kapitalismus sich wieder über (fast) die gesamte Welt ausbreiten. Aber er erlebte keine zweite Blütezeit, das Ende des Kalten Krieges war nicht der Beginn des Friedens. Nein, der faulende Kapitalismus blühte nicht auf, im Gegenteil, er brachte Millionen Menschen Arbeitslosigkeit, Hunger und Wirtschaftskrisen, die heute drohen ihren vorläufigen Höhepunkt in eine Weltwirtschaftskrise zu erreichen. Nein, die Welt ist nicht friedlicher geworden, im Gegenteil, die Kriege sind mehr geworden und heute drohen die Verteilungskämpfe der Großmächte die Menschheit erneut in einen Weltkrieg zu stürzen.

Wir wurden geboren oder wuchsen auf in zwei grundsätzlich verschiedenen deutschen Staaten. Vor rund zwei Jahrzehnten annektierte der eine Staat, die BRD, den anderen, die DDR. Das hatte zur Folge, dass der Staat des westdeutschen Kapitals - bis dahin auf die Unterdrückung der eigenen Bevölkerung beschränkt - umgebaut wurde zur Unterdrückung eines ganzen angeschlossenen Landes. Das hatte zur Folge, dass dieses größer gewordenen Deutschland - bis dahin gespalten und unter der Kontrolle der Alliierten des 2. Weltkriegs - wieder offen seine Eroberungs- und Kriegspläne verfolgen kann. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die Einigung Europas unter dem deutschen Militärstiefel.

Heute ist der Staat weitgehend umgebaut: Geheimdienste und Polizeien arbeiten verfassungswidrig zusammen, das BKA ist zur Geheimpolizei ausgebaut, aus dem Bundesgrenzschutz ist die paramilitärische Bundespolizei geworden, statt des Katastrophenschutzes gibt es einen militärischen Heimatschutz, dessen Kommandos in allen Regierungsebenen stationiert sind und sämtliche Hilfsorganisationen unter ihren Befehl zwingen. Dieser Staatsumbau geht einher mit der Entrechtung der Erwerbslosen, z.B. durch die Hartz-Gesetze, der Einschränkung von Grundrechten, z.B. durch die Zerschlagung des Versammlungsgesetzes, der Erfassung der gesamten Bevölkerung in Dateien und ihrer allumfassenden Überwachung. - Staat, Wirtschaft und Gesellschaft werden militarisiert und auf Krieg vorbereitet.

Aktuell ist geplant, mit einem Ermächtigungsartikel einen Bundesminister zu autorisieren den Einsatz der Bundeswehr im Inland mit militärischen Mitteln zu befehlen. Dafür soll der Notstandsparagraf 35 des Grundgesetzes geändert werden. Die Herrschenden streben die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrat an, der anstelle von Regierung und Bundestag die Einsätze des Militärs im In- und Ausland koordiniert. Der Notstand ist zum Alltag geworden. Deswegen sprechen wir vom Notstand der Republik.

Diese Entwicklung führte uns - Jugendliche aus verschiedenen Organisationen, Gewerkschaften und unorganisierte - vor anderthalb Jahren auf dem Jugendkongress – Notstand der Republik zusammen. Wir beschlossen, dieser Entwicklung unsern Widerstand entgegen zu stellen. Wir richteten den Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik ein, organisierten Demonstrationen, veranstalteten ein großes Aktivistentreffen und führten einen Aktionstag in zwölf Städten durch. Dieses Wochenende sind wir erneut zusammengekommen. Wir stellen fest: Der Notstand der Republik und die Kriegsgefahr haben sich verschärft. Wir stellen fest: Unser Widerstand war richtig und muss verstärkt werden. Wir stellen fest: Der Notstand der Republik ist nicht abstrakt, er sitzt z.B. in Form von Heimatschutzkommandos im Rathaus, er wirbt mit seinen Reservisten und Kriegsgerät auf öffentlichen Plätzen, er rekrutiert die Jugend in Schulen, Ausbildungsstätten und Arbeitsämtern für den Krieg, er zwingt die Millionen Mitglieder der Hilfsorganisationen unter das Kommando der Bundeswehr, er übt unter dem Deckmantel Katastrophenschutzübung in allen Teilen des Landes die Aufstandsbekämpfung und für den Krieg, seine Polizeien und Geheimdienste sitzen in diversen Zentren zusammen am Tisch.

Deswegen beschließen wir, ihn auch verstärkt da zu bekämpfen, wo er sichtbar wird. Die Büros der Bundeswehr in den Rathäusern sollen nicht länger unerkannt bleiben, das Kriegsgerät, mit denen die Reservisten auf dem Marktplatz stehen, soll auch die Handschrift des Widerstands tragen, die Soldaten in den Schulen, Werkstätten und Arbeitsämtern sollen nicht mehr ungestört ihr Kanonenfutter sammeln können usw..

Deswegen beschließen wir auch, die Bundestagswahl 2009 zu nutzen, die Einheitsfront zu stärken und vor Betrieben gegen den Notstand der Republik aufzutreten und unterstützen den Aktionsvorschlag des Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD „Klassenkampf statt Wahlkampf – Nein zum Notstand der Republik“, weil wir der Überzeugung sind, dass die Aufklärung über den Notstand der Republik mit einer aufsehenerregenden Aktion gerade in der politischen Zeit des Wahlkampfes, gerade vor den Großbetrieben gemacht werden muss. Insbesondere begrüßen wir, dass der Arbeits- und Koordinationsausschuss der Ersten Arbeiter- und Gewerkschafterkonferenz gegen den Notstand der Republik sich der Aktion angeschlossen hat, weil wir diese Zusammenarbeit im Kampf gegen den Notstand der Republik für unabdingbar notwendig halten.

Wie die Herrschenden den Notstand der Republik und die Kriegsgefahr auch verschärfen, wir stellen uns ihnen entgegen und wir werden sie früher oder später stoppen und wenn nötig ihre Herrschaft beenden. Die Zukunft gehört uns!

**Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! Gegen den Notstand der Republik!**